



taz.die tageszeitung vom 05.03.2022, Seite 24 / Meinung und Diskussion

wortwechsel

Frieden schaffen mit mehr Waffen

Leser:innen in Sorge wegen hoher Militärausgaben, steht der Klimawandel jetzt hintenan? Ukrainekrieg ist auch ein Klimaschutzverbrechen. Und: Was ist los mit der Linkspartei?

Gute Ausrüstung

"Deutschland rüstet auf", *taz vom 27. 2. 22* Ich, Jahrgang 1962, bin im kalten Krieg groß geworden, Aufrüstung war damals ein Machtspiel, ein Wettrennen um den 50- oder 200-fachen Overkill im Atomwaffenarsenal. Daher, keine Frage, ich war total gegen Wetrüsten und bin es seither geblieben. Doch Worte und unhinterfragte Meinungen haben auch in mir ihre Wirkung. Da gab es kein genaues Hinschauen, eher ein: Prima, bloß nichts mit (Auf-)Rüstung! Die aktuelle Situation zeigt aber deutlich: Was wir brauchen, ist eine angemessene Ausrüstung, wir wollen doch auch, dass sich unsere Polizei den Banden und Gangstern und Wirtschaftskriminellen angemessen entgegenstellen kann (und nicht mit dem Flitzebogen) und seit dem unvorstellbaren Bruch mit dem Völkerrecht wird klar: Zur Verteidigung brauchen wir eine angemessene Ausrüstung, das ist keine Aufrüstung! *Martin Mihm, Wettenberg*

Nicht einsatzfähig

"Schlechte Ausstattung für viel Geld", *taz vom 1. 3. 22* Es ist fraglich, was 100 Milliarden Euro überhaupt bewirken sollen? Jährlich investieren wir über 50 Milliarden Euro in unsere Armee und trotzdem ist sie laut Alfons Mais (Generalleutnant) nicht einsatzfähig. Ist es wirklich nicht möglich, eine Armee zum Zwecke der Verteidigung wenigstens einsatzfähig zu halten? Zumindest eine Mitschuld daran tragen auch vergangene Verteidigungsministerinnen, die eine effektive Verwendung von den bereitgestellten Geldern nicht wirklich förderten. Annegret Kramp-Karrenbauer (damals CDU-Parteivorsitzende) übernimmt das Amt nach Ursula von der Leyen, welche sich durch Berateraffären im Verteidigungsministerium eine Beförderung zur EU-Kommissionspräsidentin verdient hatte. Nach der Bundestagswahl gab Kramp-Karrenbauer ihr Bundestagsmandat ab. Um die Bundeswehr nun gut auszurüsten, muss Christine Lambrecht einen besseren Job als ihre Vorgänger machen, das ist zugegeben nicht schwer, aber notwendig. *Ryan Börner, Schönbrunn*

Breite Debatte

"Stillgestanden", *taz vom 28. 2. 22* Ja, wir brauchen eine starke Linke, um überhaupt noch eine Chance auf Frieden und Freiheit und Erhalt unserer Lebensgrundlagen zu haben. Es ist unfair und neben der Sache liegend, auch nur andeutungsweise den Linken eine Mitwirkung oder Förderung des Putin-Regimes anzulasten. Es ist keineswegs ausgemacht, dass eine noch entscheidendere Ausdehnung der Nato und eine stärkere Aufrüstung Putin von dem jetzigen Gewaltakt abgehalten hätte oder er bei einer geringeren Nato-Erweiterung und geringeren Aufrüstung noch früher zugeschlagen hätte. Namhafte Vertreter aus verschiedenen Parteien und auch Experten aus dem Bereich der Nato haben noch eine Nato-Erweiterung ohne neutrale Pufferzonen an den Grenzen Russlands kritisiert und halten diese Kritik auch jetzt noch aufrecht. Hier geht es um schwierige Sachfragen, bei denen eine Moralkeule nicht hilft, sondern nur eine sachbezogene Debatte im gegenseitigen Respekt. In der aktuellen Situation unterstütze ich Bodo Ramelow. Wir brauchen über die Aufrüstung eine breite gesellschaftliche Debatte. Und: Wir brauchen gleichzeitig eine Debatte über die Vorbereitung und Einleitung eines Friedensprozesses. *Friederike Bettex, Duisburg*

Sahra Wagenknecht

"Völlige Emotionslosigkeit", *taz vom 1. 3. 22* Die gemeinsame Erklärung der Linksparteisozialisten um Sahra Wagenknecht hat zum wiederholten Male gezeigt, warum die "Linke" für demokratische, freiheitsliebende Menschen absolut unwählbar bleibt. Es ist eine politische Katastrophe, wie durch einige Ideologen eine äußerst wichtige Wahlalternative zerstört wird. Großen Dank an Gregor Gysi für seine eindeutigen Worte. Diesen müssen nun Taten folgen mit einem Parteiausschlussverfahren wegen schwerstem parteischädigendem Verhalten. *Wolfgang Wedel, Nürnberg*

Klimapolitik

"Müssen wir in die Welt zurück?", *taz vom 26. 2. 22* "Es lässt sich nicht in Frieden leben, wenn es dem Nachbarn nicht gefällt." Dies scheint mir gerade zutreffender zu sein, als all die Errungenschaften, die wir in Friedenszeiten bewirkt haben, schlecht zu machen, exemplarisch ausgerechnet, in guter chauvinistischer Tradition, Annalena Baerbock und den Feminismus et cetera. Ich sehe mit großer Bestürzung, wie ringsumher auf vielfältige Weise in den archaischen Kampfmodus verfallen wird und denke mir, wenn schon Kampf, dann bitte mit Verstand! Ich sehe auch mit großer Sorge, dass die zwingend notwendigen gesellschaftlichen und klimapolitischen Veränderungen zukünftig angesichts erhöhter Militärausgaben das Nachsehen haben werden. Vielleicht ist das ja auch ein Teil der Putin'schen Strategie? *Birgit Kübler, Regensburg*

Klimaschutz-Verächter

"Die Klimakrise ist kein Schicksal", *taz vom 1. 3. 22* Der neue Bericht des Weltklimarats IPCC, der am Montag in Berlin veröffentlicht wurde, ist alarmierend! Jede weitere Verzögerung beim Klimaschutz wird sich für die Menschheit und für unseren Planeten, die Erde, katastrophal auswirken. Schon jetzt ist die Hälfte der Menschheit durch die Folgen des Klimawandels hochgradig betroffen. Hinzu kommt der gegenwärtige Krieg in der Ukraine. Durch das permanente Fortbewegen der Panzer, Raketen, Lastkraftwagen und Flugzeuge wird zusätzlich klimaschädigendes Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Putin ist also nicht nur als Verursacher des Ukraine-Krieges anzuklagen, sondern auch als Klimaschutz-Verächter. *Dieter Lehmann, Falkenberg/Elster*

Biodiversität

"Unternehmer entdecken ihre Liebe zur Windkraft", *taz vom 3. 3. 22* Man kann dem Herrn Buschmann vom Nabu nicht mehr zustimmen. Wir leben in einer Zeit der Klimakatastrophe, ABER ebenso in einer Zeit einer Biodiversitätskatastrophe. Manche Wissenschaftler:innen reden bereits von einem anthroposophischen Massenaussterben! Die Folgen des Letzteren dürften noch viel gravierender sein als die der Klimakatastrophe. Nun also den Klimawandel zu Lasten der Biodiversität zu bekämpfen, ist als ob man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben würde. Die Energiewende wird weiter als gescheitert gelten, wenn wir nicht langsam über wirklich innovative Ansätze nachdenken. Dezentralisierung der Energieversorgung (Vermeidung von Stromtrassen). Nutzen der Photovoltaik-Potenziale in Städten (auf den Dächern unseres Landes ist noch viel Potenzial offen). Windkraft dort, wo sinnvoll und umweltverträglich. *Sabrina Neugebauer, Hamburg*

Energieversorgung

"Mehr Solarstrom, mehr Solarmüll", *taz vom 26. 2. 22* Es ist vollkommen unnötig, Photovoltaikanlagen, die aus der Förderung gefallen sind, auszutauschen oder gar abzubauen. Ich besitze eine Photovoltaikanlage aus 2007, die 2027 aus der Förderung fällt. Bis dahin hat sie, falls der Wechselrichter durchhält, ihren (sehr hohen) Preis wieder erwirtschaftet. Sobald der Zeitpunkt erreicht ist, kaufe ich den kleinsten Speicher von Sonnen und trete dem Sonnennetzwerk bei. Damit kann ich in Zukunft meinen eigenen Strom sehr preiswert weiter nutzen. Ich kann dieses Verfahren nur empfehlen, es spart mittelfristig jede Menge Geld, es verhindert völlig unnötigen Elektroschrott und man ist Mitglied im größten virtuellen Kraftwerk Deutschlands. Das ist die dezentrale Energieversorgung der Zukunft. *Jürgen Kemmler, Donzdorf*



Viel zu tun: Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht imago


Quelle: taz.die tageszeitung vom 05.03.2022, Seite 24

Dokumentnummer: T20220503.5836960

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_5cb7b2c10eedaf8dbbdf0f389ab8bdf7c6c690f1

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH